



Die Schweiz in den ausländischen Medien: 4. Quartal 2024

Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU

Der Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU im Dezember zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen stösst im Ausland auf moderate und mehrheitlich sachliche Medienresonanz. Vor allem die

«Même si le gouvernement accepte vendredi le texte, le plus difficile restera toutefois à suivre»

(*Le Figaro*, Frankreich)

Medien der Nachbarländer sowie auf europapolitische Entwicklungen spezialisierte Publikationen berichten über den Verhandlungsabschluss. Im Vorfeld betonen die Medien den wirtschaftlichen Nutzen des angestrebten

Vertragspakets für die Schweiz, verweisen jedoch auch auf die innenpolitischen Widerstände hierzulande. Dass die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden konnten, wird vielfach positiv bewertet und die Einigung teilweise als historisch

bezeichnet. In den Nachbarländern stellen mehrere Beiträge das Ergebnis als vorteilhaft und als eine Chance für die Schweiz dar, auch weil die EU in zentralen Bereichen wie Zuwanderung und Forschung Zugeständnisse gemacht habe. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass das Abkommen noch ratifiziert werden müsse. Vor diesem Hintergrund beleuchten zahlreiche Medien die innenpolitische Ausgangslage in der Schweiz und die Argumente der heterogenen

Gegnerschaft des Abkommens. Einer möglichen Volksabstimmung in der Schweiz blicken sie eher pessimistisch entgegen: Aufgrund des weit verbreiteten EU-Skeptizismus in der Schweiz sei es fraglich, ob das Abkommen bei einer Abstimmung tatsächlich Zustimmung finden werde, so der Tenor.

«Die Schweiz blockiert sich ja am Ende immer auch gerne selbst... Nun hätten die Schweizer immerhin die Chance, den bilateralen Weg zu sichern. Sie sollten sie ergreifen.»

(*Süddeutsche Zeitung*, Deutschland)



Die Flaggen der Schweiz und der EU auf dem Landgut Lohn in Kehrstanz anlässlich der abgeschlossenen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU.
(© *Le Figaro*)



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Bundespräsidentin Viola Amherd bei der Medienkonferenz in Bern am 20. Dezember 2024. (© *Euronews*)

Schweizer Finanzplatz: PUK-Bericht und Folgen der CS-Krise

Die Ende Jahr vorgestellten Ergebnisse der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Geschäftsführung der Behörden im Kontext der CS-Krise stossen in ausländischen Medien auf einige Beachtung. Die Berichterstattung zitiert dabei ausführlich die Kritik der Kommission an den Schweizer Behörden und Aufsichtsgremien, denen zahlreiche Versäumnisse vorgeworfen werden. Gleichzeitig betonen die Berichte, dass laut PUK nicht die Behörden, sondern die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat für den Niedergang der Credit Suisse verantwortlich gewesen seien. Mehrere ausländische Medien thematisieren zudem, dass sich im Anschluss an den PUK-Bericht zahlreiche weitere Investoren einer Sammelklage gegen die Schweiz

«In Switzerland's very deliberative political system, the clout a PUK carries has also proved powerful in influencing legislation»

(*Bloomberg*, USA)

angeschlossen hätten, die der Regierung Fehlverhalten in Verbindung mit den AT1-Abschreibungen im Rahmen der Notübernahme der CS durch die UBS vorwerfe. Auch über den PUK-Bericht hinaus sind die Credit Suisse und die UBS als deren Rechtsnachfolgerin in den ausländischen Medien präsent. Grössere Aufmerksamkeit erhält etwa eine Studie des Beratungsunternehmens Deloitte, die auf schwindendes Vertrauen in den Schweizer Finanzplatz nach der CS-Übernahme hinweist. Die ausländische Berichterstattung über den Entscheid der FINMA, die Notfallpläne der UBS nicht zu genehmigen, sowie über den Wettbewerbsdruck im Vermögensverwaltungsgeschäft machen zudem auf aktuelle Herausforderungen des Schweizer Finanzplatz aufmerksam.

«Behörden haben vor Credit-Suisse-Kollaps gepatzt»

(*FAZ*, Deutschland)

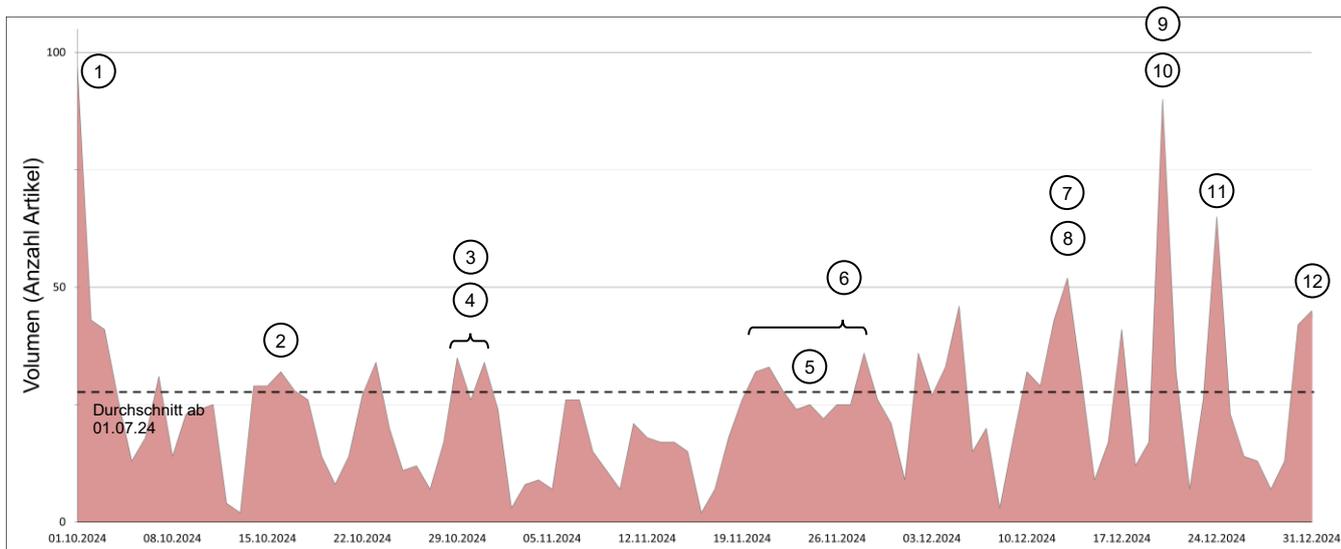


Nach den bei der CS-Notfusion angeordneten AT1-Abschreibungen häufen sich Klagen gegen die Finma und die Schweiz.
(© *Financial Times*)



Die Mitglieder der PUK stellen im Bundeshaus ihren Abschlussbericht zur Credit Suisse vor.
(© *FAZ*)

Quantitative Entwicklung der ausländischen Medienberichterstattung mit Bezug zur Schweiz



Entwicklung des Volumens der ausländischen Medienberichterstattung mit Bezug zur Schweiz (Volumen = Anzahl Artikel pro Tag in den analysierten Leitmedien, 01.10.2024 – 31.12.2024). Eine Spitze kann mehrere Ereignisse beinhalten. Die nummerierten Ereignisse werden aufgrund des Umfangs ihres Volumens und ihrer Bedeutung ausgewählt.

(1) Schmelzende Gletscher verschieben Grenze zwischen der Schweiz und Italien (2) Finma fordert Überarbeitung von UBS-Abwicklungsplan (3) Ermittlungen zum Einsatz der ‘Suizidkapsel Sarco’ (4) Zustandekommen des Referendums gegen den ESC in Basel (5) Eidg. Abstimmung: Ausbau Autobahnnetz, Mietrechtvorlagen, Finanzierung Gesundheitswesen EFAS (6) KI-Kunstinstallation ‘Deus in Machina’ (7) Freispruch eines Whistleblowers in der Cum-Ex Affäre durch Obergericht Zürich (8) SNB senkt Leitzins (9) Vorstellung PUK-Bericht zur Geschäftsführung der Behörden bei der CS-Notfusion (10) Verhandlungsabschluss zwischen der Schweiz und der EU (11) Schweizer Snowboardcrosserin Sophie Hediger stirbt in Lawinenunglück (12) SWISS-Flugbegleiter stirbt in der Folge eines Triebwerkschadens

Im Fokus: Verschärfung der Zulassungsregeln an der ETH Zürich

Die von der ETH Zürich angekündigte Verschärfung der Zulassungsregeln für Studien- und Stellenbewerbende aus insgesamt 23 Ländern stösst in ausländischen Medien auf Beachtung. Das Sicherheits-Screening zielt laut der ETH darauf ab, den Missbrauch von militärisch einsetzbaren Schlüsseltechnologien und Dual-Use-Gütern durch sanktionierte Länder zu verhindern. In der

«In Switzerland, the fact that country’s most prestigious university has taken this step has raised questions over whether others in the region will follow suit»

(Bloomberg, USA)

ausländischen Berichterstattung wird das Thema vor allem im Zusammenhang mit befürchteten Einschränkungen für Studierende aus China aufgegriffen. Darüber hinaus ist der

Entscheid der ETH Zürich insbesondere in akademischen Kreisen ein Thema und wird in den sozialen Medien zum Teil kritisch diskutiert. Die Berichterstattung zeigt, dass das entsprechende Vorgehen von Schweizer Institutionen auch im Ausland mit Interesse verfolgt wird. Dabei rückt die für viele Länder relevante Frage in den Fokus, wie angesichts einer veränderten geopolitischen Lage der Abfluss von Schlüsseltechnologien und militärisch nutzbarem Wissen aus Forschungseinrichtungen verhindert werden kann.

Nach welchen Kriterien wird die Sicherheit geprüft?

Vor einer Zulassung, einer Anstellung oder einer Einladung werden die folgenden Kriterien überprüft. Sind mehrere erfüllt, empfiehlt die ETH, eine Bewerbung abzulehnen. Dabei gibt es keine Automatismen: Jede Bewerbung wird einzeln geprüft und kein Kriterium führt für sich alleine und pauschal zu einem Ausschluss.

1. Eine **Vorbildung** an einer Institution mit einem Sicherheitsrisiko. Das sind militärnahe Universitäten oder Institutionen, die mit Sanktionen belegt sind. Die ETH orientiert sich dabei an Sanktionslisten der Schweiz sowie der EU, USA und des Vereinigten Königreichs.
2. Das **Herkunftsland**, wenn es Sanktionen unterliegt (s. oben) oder wenn Exportkontrollbestimmungen für Dual-Use-Güter greifen. Dabei wird neben der Nationalität auch der Lebensmittelpunkt und die Biografie berücksichtigt.
3. Die **Finanzierung** durch ein Stipendium eines sanktionierten Staates, durch ein kritisches Stipendien- oder Austauschprogramm oder aus unlauteren oder bedenklichen Quellen.
4. Das **Fachgebiet oder der Studiengang**, wenn sie zur angewandten Forschung (ab TRL 4) zählen, wenn sie einer verstärkten behördlichen Aufsicht (Embargo) unterliegen, wenn sie unter geltende Exportkontrollbestimmungen für Dual-Use-Güter fallen, oder wenn das Forschungsthema in die Kategorie der kritischen Forschungsgebiete fällt oder kritische Technologien anwendet.

Das neue Screening-Verfahren der ETHZ berücksichtigt neben der Herkunft auch Kriterien wie die Vorbildung an als potenziell riskant eingeschätzten Institutionen, die Finanzierungsquellen des Aufenthaltes und das Fachgebiet. Quelle: [ETH Zürich](#)

Das Monitoring des Images der Schweiz in den ausländischen Medien umfasst die gesamte Medienberichterstattung mit Bezug zur Schweiz in den Leitmedien von 23 Ländern – Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Indien, Israel, Italien, Japan, Niederlande, Nigeria, Österreich, Polen, Portugal, Russland, Serbien, Spanien, Südafrika, Südkorea, Türkei, USA – sowie in panarabischen und EU-Leitmedien. Kontakt: EDA, Präsenz Schweiz, Monitoring und Analyse, Bundesgasse 32, 3003 Bern, Tel. +41 58 462 34 63, prs@eda.admin.ch, <https://www.eda.admin.ch/praesenzschweiz>